

**Jörg Hofmann**

**Bezirksleiter der IG Metall Baden Württemberg**



**Aktionskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg  
am 22. September 2010 Glaspalast Sindelfingen**

**„Strategie Zukunft – Kurswechsel für ein gutes Leben“**

**Sperrfrist: 16.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich heiße Euch herzlich Willkommen zu unserer bezirklichen Funktionärskonferenz hier im Glaspalast in Sindelfingen.

Ich begrüße über 2500 Funktionärinnen und Funktionäre, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Vertrauensleute, Hauptamtliche und zahlreiche Gäste.

Uns eint hier heute eines: Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sich der alte neoliberale Zeitgeist im gewandelten Gesicht wieder in Deutschland etabliert. Wir fordern einen Kurswechsel, einen Kurswechsel für ein gutes Leben, einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen.

Ich begrüße die weiteren Redner des heutigen Nachmittags: Unseren DGB-Landesbezirksvorsitzenden Niko Landgraf, als Vertreterin der Kirchen, Frau Esther Kuhn-Luz, Wirtschafts- und Sozialpfarrerin an der evangelischen Akademie Bad Boll, als Vertreter der Wohlfahrtsverbände Roland Sing, stellvertretender Vorsitzender des VdK und Vorsitzender des Landessenorenrates und als Vertreterin der Studenten Verena Mueller, Mitarbeiterin am Hochschulinformationsbüro der IG Metall in Karlsruhe.

Und ich möchte mich jetzt schon bedanken bei Chain of Fools die klar macht: Metal-ler können alles – auch geile Musik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Höhepunkt der Krise im April 2009 äußerte sich Angela Merkel: „Die Welt steht am Scheideweg“. Es müsse alles daran gesetzt werden, dass sich eine solche Krise nicht wiederhole. Ein weiter so könne es nicht geben!

Was ist seither geschehen?

Vieles Richtige zur Krisenbewältigung, gerade auch auf Grund unserer Vorschläge,

aber nichts oder nahezu nichts, um die Ursachen der Krise anzugehen und diese zu beseitigen.

Das betrifft vordergründig die Regulation der Banken und Finanzmärkte – das betrifft aber ursächlich das wachsende Ungleichgewicht in der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Die Finanzmarktkrise ist nicht eingeschlagen wie ein Meteorit. Sie war und ist Ergebnis neoliberaler Deregulation und deren Zwillingschwester, der wachsenden Verteilungsungerechtigkeit in der Welt, wie in unserer Gesellschaft.

Doch die kurze Phase breiter Kritik an der Selbststeuerungsfähigkeit der Märkte ist offensichtlich vorbei und wieder einer knallharten Klientelpolitik für die Reichen und Herrschenden in diesem Lande gewichen. Das „Weiter so“-regiert ungeniert, wenn wir uns damit abfinden:

- da werden Milliarden-Geschenke an Hoteliers und Energiekonzerne verteilt und gleichzeitig Hartz IV Empfänger und Arbeitslose massiv belastet.
- da werden massenweise sichere, gut bezahlte Jobs vernichtet und durch billige, ungesicherte, prekäre Arbeitsverhältnisse, wie Leiharbeit, ersetzt.
- da wird an Bildung und Ausbildung gespart, Perspektiven der Jugend mit Füßen getreten und damit die alten Klassengrenzen zwischen den Zukunftsperspektiven von Kindern aus reichen und armen Familien neu hochgezogen.
- da werden Arbeits- und Leistungsbedingungen den Profitinteressen der Unternehmen unterworfen und damit Gesundheit und Lebensqualität der abhängig Beschäftigten gefährdet.
- und da wird Rente zur Armutsfalle und Gesundheit zur Frage des Geldbeutels und damit Substanz und Legitimation des Sozialstaats in Frage gestellt.

Weil wir hierzu nicht „Ja und Amen“ sagen können und wollen, weil wir uns nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank eines neu entfesselten Kapitalismus führen lassen, sagen wir heute laut und deutlich: Stopp! Es gibt kein Weiter so!

Wir fordern einen Kurswechsel für ein gutes Leben, wir fordern einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und wir tun gut daran dies heute und in den folgenden Wochen laut zu sagen.

Die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, stellte vorletzte Woche fest:

„Dies ist der Herbst der Entscheidungen, für wichtige Weichenstellungen in Deutschland für das neue Jahrzehnt, zwischen 2010 und 2020. Das ist unser Anspruch, und dem werden wir gerecht“.

Und sie hat recht: Sparpaket, Gesundheitsreform, Überprüfung der Rente mit 67, Neuregulierung der Leiharbeit, Ausstieg aus dem Atomausstieg – all dies sind Pakete, die im Herbst im Gesetzgebungsverfahren und in der parlamentarischen Debatte sind.

Im November und Dezember fallen für die Mehrzahl dieser Themen die Entscheidungen. Und da wir nicht nur den Protest des Protest wollen, sondern konkrete Veränderung wollen, müssen wir uns jetzt wehren, jetzt die gesellschaftlichen Mehrheiten gewinnen und artikulieren, jetzt in die Offensive gehen.

Es gibt wahrlich genügend Gründe jetzt aktiv zu werden, Kolleginnen und Kollegen!

Die zentrale Frage ist dabei nicht, dass wir von der Notwendigkeit unseres Tuns überzeugt sind, die zentrale Frage ist: Erreichen wir die Menschen in den Betrieben, in der Gesellschaft. Wir müssen nicht die Überzeugten nochmals überzeugen. Wir müssen neue Mitstreiter und neue Mitglieder gewinnen. Das ist eine wesentliche Messlatte für Erfolg und Misserfolg unserer Herbstaktionen: Eine noch stärkere und handlungsfähigere IG Metall.

Wir treffen hierbei auf ein durchaus differenziertes Gemisch. Die einen Fragen bis heute: „Krise ? Welche Krise?“ sie haben dank unserer Krisenbewältigung die Krise nicht erlebt. Die anderen sagen: “Krise? das war gestern!“ Die momentane Auftragsentwicklung stützt in vielen Betrieben diese Sichtweise, doch kann sie die Augen vor den Risiken der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung nicht verschließen. Und die Dritten sagen: “Die Krise ist längst nicht überwunden. Die Angst um den Arbeitsplatz herrscht weiter vor.“ Über 15.000 unserer Kolleginnen und Kollegen befinden sich auch heute noch in Kurzarbeit, über 5000 in Transfergesellschaften in Baden-Württemberg.

Doch über alle diese Gruppen hinweg gilt: Die Menschen treibt ein weitverbreitetes Unbehagen an der heutigen Situation. 80% der Bevölkerung sehen unser Wirtschaftssystem mehr oder weniger kritisch. Der Vertrauensverlust in die Politik hält an. Die Menschen fühlen sich nicht ernst genommen mit ihrer Meinung. Da geht es zunächst ums Zuhören und ernsthafte Argumentieren. Da geht es auch um Konsequenz und Erklärung politischen Handelns.

Wer die Rente mit 67 durchboxt, obwohl ebenfalls 80% der Bevölkerung dies ablehnt, nicht weil sie ideologisch verblendet sind, sondern weil der gesunde Menschenverstand dies gebietet, dass man unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis 67 arbeiten kann, der leistet der Demokratie einen Bärendienst, Kolleginnen und Kollegen.

Und wer ein Sparpaket auflegt, das ebenfalls von 80% der Bevölkerung als sozial unausgewogen abgelehnt wird, tut dies ebenso

Und wer gleichzeitig den Stromkonzernen mit der Verlängerung der Restlaufzeiten die Lizenz zum Gelddrucken gibt, der gefährdet nicht nur, angesichts der Bedrohungspotentiale und ungelösten Problemen der Endlagerung, die Lebensinteressen der Bürger, sondern denunziert Politik als willigen Erfüllungsgenossen der Herrschenden. Und dies fordert unseren Widerstand heraus. Kein Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomkraft – das ist nicht nur eine Frage der Ökologie, sondern auch eine

Frage der Glaubwürdigkeit von Politik und diese fordern wir ein, Kolleginnen und Kollegen!

Und wem nichts anderes einfällt, als den Schrei nach Anwerbeprogrammen angesichts eines drohenden Fachkräftemangels,

- wo doch Jahr für Jahr Tausende von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und Übernahme im Ausland,
- wo Hunderttausende, vor allem Frauen, mangels Kinderbetreuung nicht berufstätig sein können,
- wo Weiterbildung in Sonntagsreden oft, in der Realität aber nicht stattfindet
- und wo, für jeden sichtbar, Deutschland sich immer noch nicht als Einwanderungsland versteht, sondern Einwanderer als Gastarbeiter, als ökonomisch nützlich, aber gesellschaftlich am Rande stehend sieht,

der schürt auch an dieser Stelle Demokratieverdrossenheit.

Und Legitimationsverlust der Demokratie schafft Platz für Populisten. Die Medienhype um den Hassprediger Sarrazin zeigt dies überdeutlich. Wir dürfen diesen Brandstiftern keinen Platz lassen, Kolleginnen und Kollegen!

Wenn wir im Herbst für einen Kurswechsel, für mehr Gerechtigkeit, demonstrieren, dann ist dies auch ein Ja zu Demokratie und Sozialstaat. Dagegen steht Klientelpolitik, Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten, der Angriff auf unseren Sozialstaat.

Ich will dies an 5 Beispielen verdeutlichen:

„Ausgewogen“ nannte die Bundesregierung ihren Vorschlag zum Sparpaket.

Tatsache ist: Allein die 30 Milliarden, die in den Sozialhaushalten eingespart werden sollen, stehen fest. Sie werden als harte Einschnitte die Ärmsten der Armen treffen.

Das zynische an diesem Vorhaben ist, dass es bewusst auf Entsolidarisierung zielt: Die ohnehin Marginalisierten, sollen weiter marginalisiert werden.

Dagegen bleiben die Krisenverursacher schadlos. Ganze 2 Milliarden sollen die Banken in einer Bankenabgabe aufbringen – dieselben Banken, die mit Steuergeldern in Höhe von 30 Milliarden und Bürgschaften von über 150 Milliarden bis heute gestützt wurden.

Und dass dies noch nicht das Ende ist, zeigt die jüngste Entwicklung bei der HRE: Vor drei Wochen musste der Bund mit weiteren 40 Milliarden Garantieleistungen einspringen und nun erfahren wir, dass sich das Führungspersonal dieser Bank zeitgleich Boni von über 25 Millionen Euro auszahlen lässt.

Kolleginnen und Kollegen, das ist die römische Dekadenz, über die Herr Westerwelle faselt, ein solches Vorgehen ist unanständig und vollkommen inakzeptabel, Kolleginnen und Kollegen!

Das Sparpaket vertieft die Spaltung in dieser Gesellschaft, erhöht die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir sagen: Die Krisenverursacher müssen zahlen. Wir fordern statt unsozialer Sparpakete endlich eine Veranlagung hoher Vermögen und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

- wir fordern einen nationalen Lastenausgleich auf hohe Vermögen um die Lasten der Krise abzutragen
- wir fordern eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um die Zukunftsaufgaben, wie Bildung und Innovation zu finanzieren;

- und wir fordern eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und zukünftige Spekulationen zu erschweren.

Kolleginnen und Kollegen,

ein wesentlicher Grund dafür, dass die OECD feststellt, dass in keinem ihrer Mitgliedsländer die gesellschaftliche Ungleichheit so dynamisch gestiegen ist, wie in Deutschland ist, der massive Ausbau des Niedriglohnssektors; und hier insbesondere die Leiharbeit.

Tatsache ist, die Arbeitgeber nutzen dieses Instrument jetzt in aller Breite, sie versuchen damit Belegschaften zu spalten, eine zweite Tariflinie in die Betriebe zu ziehen. Wir werden eine solche Politik des Spaltens und Herrschens nicht akzeptieren, Kolleginnen und Kollegen-

Es ist zynisch, wenn Herr Dulger, der Vorsitzende von Südwestmetall, zum Besten gibt:

„Betriebsräte und Stammbeschaften wissen sehr genau, dass in der Krise neben der Kurzarbeit, insbesondere der Einsatz von Zeitarbeit viele tausend Arbeitsplätze in unserer Industrie gesichert hat.“

Wie doof hält der Mann uns: Zeitarbeit hat keinen einzigen Job gesichert – im Gegenteil, die Zeitarbeiter waren die Ersten, die ohne Absicherung, oft ohne Betriebsrat, in die Wüste geschickt wurden.

Nur wer akzeptiert, dass es abhängig Beschäftigte 1. und 2. Klasse gibt, schützenswerte Stammbeschaften und schutzlose Randbeschaften, kann zu dieser Erkenntnis kommen.

Es gibt keine „faire Leiharbeit“. Sie ist und bleibt in ihrer heutigen gesetzlichen Regelung ein Spaltpilz gegen eine solidarische Interessensvertretung und daher gilt es sie zu verhindern, zumindest aber deutlich zu begrenzen und zu gestalten.



Nun ist die Bundesregierung gezwungen, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz an die europäischen Richtlinien anzupassen.

Dies betrifft insbesondere den Grundsatz: gleiche Vergütung für gleiche Arbeit. Der nun vorgelegte Referentenentwurf aus dem Ministerium von Frau von der Leyen ist ein Skandal: Weder equal pay, zumindest nach einer Einarbeitungszeit, wie in allen anderen europäischen Ländern durchgesetzt, noch eine Eingrenzung der Befristungsmöglichkeiten, so dass weiter nur für die Verleihzeit befristet eingestellt werden kann, findet sich im Gesetzentwurf. Allein die sogenannte konzerninterne Verleihung soll eingeschränkt werden. Frau von der Leyen übt den perfekten Kniefall vor Arbeitgeberinteressen.

Kolleginnen und Kollegen, wenn die Bundesregierung diesen Referentenentwurf zur Basis der Gesetzgebung macht, dann müssen und werden wir Sturm laufen:

Wir werden uns mit Leiharbeit als Spaltpilz und Einflugschneise für ungesicherte und billige Jobs nicht abfinden – hier müssen wir mit langem Atem auf all unseren Handlungsebenen – gesellschaftspolitisch, tarifpolitisch und in unserem konkreten betrieblichen Handeln Flagge zeigen, Kolleginnen und Kollegen.

Kolleginnen und Kollegen,

die junge Generation gerät unter die Räder kurzfristiger Unternehmensentscheidungen einerseits, einem Sparkurs bei Bildung und Ausbildung andererseits. Bildungschancen werden immer stärker zu einer Frage des sozialen Status der Eltern. Die letzte Woche veröffentlichte Shell-Studie zeigt dies nochmals deutlich.

Damit wird nicht nur über die Bildungschancen, sondern auch über die Frage entschieden, ob eine Perspektive auf gute und sichere Arbeit besteht. Ausbildungsplätze werden abgebaut, unbefristete Übernahme zur Ausnahme erklärt. Jeder dritte Jugendliche hat keinen sicheren Job. Leiharbeit und Gelegenheitsjobs sind die Zwangsalternative für viele Jugendliche.

Eine Entwicklung die sich, sollte sich die Bundesregierung mit ihrer Politik der Rente ab 67 durchsetzen, weiter verschärfen kann.

Im Herbst steht auch die Überprüfung der Rente ab 67 an. Gerade die jüngsten Ergebnisse des Monitoring-Berichts für eine soziale Rente zeigen:

Gerade 3,8% der Beschäftigten zwischen 60 und 64 arbeiten in einem Normalarbeitsverhältnis. Dies macht noch einmal deutlich: Die Rente ab 67 ist ein gigantisches Rentensenkungsprogramm, die die ohnehin drohende Altersarmut massiv verschärft.

Ein Facharbeiter mit einem Monatsbrutto von 3.200 Euro hat heute nach 40 Versicherungsjahren wenn er mit 63 in die Rente geht einen Rentenanspruch von sage und schreibe 1.110 Euro brutto, da sind schon 90 Euro Abschlag drin. Mit der Rente ab 67 sänke dieser Betrag auf 1.025 Euro, der gesamte Abschlag beträgt nun schon 180 Euro. Ich frage Euch: wer kann von 1.025 Euro brutto leben? Kaum einer.

Und daher sagen wir deutlich: Stoppt diesen Irrsinn mit der Rente ab 67! Erkennt die Lebensleistungen der Menschen an. Sie haben den Anspruch, anständig im Alter leben zu können und nicht von Altersarmut bedroht zu sein. Macht den Weg frei für eine abschlagsfreie Rente nach 40 Beschäftigungsjahren.

Kolleginnen und Kollegen,

heute will das Bundeskabinett über die Gesundheitsreform des Herrn Rösler entscheiden. Im Ergebnis sollen die Krankenkassenbeiträge angehoben, für die Arbeitgeber danach aber festgeschrieben werden.

Allein die Versicherten sollen in Zukunft die Mehrkosten des Gesundheitswesens schultern.

Selbständige, Beamte, Politiker bleiben weiter außen vor.

Und vor allem: Die Profitinteressen der Anbieter von Gesundheitsleistungen bleiben unangetastet.

Schauen wir in das Jahr 2009: In einem Jahr, in dem das Inlandprodukt um 5% abrutschte, in einem Jahr, in dem die Beitragseinnahmen stagnierten, erhöhten sich die Kosten des Gesundheitswesens bei der ärztlichen Behandlung um 6,7%, bei den Arzneimitteln um 5,2% - die Profitinteressen von Pharmaindustrie und Ärzteschaft kennen kein Pardon und die Politik beugt sich dieser Klientel.

Das teuflische am Plan von Rösler ist: Waren die Arbeitgeber bisher mitbetroffen, wenn die Pharmaindustrie ihre Preise erhöhte, sind sie nun außen vor.

Allein die Versicherten sind den Kostentreibern durch steigende Zusatzbeiträge ausgesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, das wäre das Ende einer solidarischen Krankenversicherung, der endgültige Abgesang an die Parität und der Beginn einer zwei Klassen Medizin.

Wir fordern: Stoppt diesen Wahnsinn. Zurück zur paritätischen Finanzierung und schafft endlich eine Bürgerversicherung, in der alle solidarisch die Gesundheitsrisiken in unserer Gesellschaft abdecken.

Soweit die Beispiele. Zu all diesen Schwerpunkten werden im Herbst auf politischer Ebene Entscheidungen fallen. Ich darf noch einmal Kanzlerin Merkel zitieren: „Dies ist der Herbst der Entscheidungen, für wichtige Weichenstellungen in Deutschland, für das neue Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020.“

Wir werden uns aktiv in diese Entscheidungen einmischen. Mit unseren geplanten dezentralen Aktionen in den nächsten Wochen. Mit einem Schwerpunkt zwischen dem 20. und 29. Oktober und mit einer machtvollen Demonstration am 13. November in Stuttgart. Nicht allein, sondern zusammen mit allen Bezirken der IG Metall, mit dem DGB und Bündnispartnern.

Wir müssen uns bewusst sein: Erfolg wird uns beschieden sein, nicht wenn wir ein Strohfeuer abbrennen, - das werden die Regierenden aussitzen -, sondern wenn wir Kontinuität zeigen – auch über den 13. November hinaus.

Dies bedeutet zweierlei:

- einerseits: eine gewerkschaftliche Strategie, die die Themen des Herbstes: Verteilungsgerechtigkeit, den Anspruch, auch der jungen Generation, nach guter Arbeit und die Stärkung des Sozialstaats auf allen Handlungsebenen: Betriebs-, tarif- und gesellschaftspolitisch, auch über den Herbst hinaus, fortentwickelt;
- und zum Zweiten: eine Stärkung unserer Durchsetzungskraft, indem wir jede Aktion systematisch mit der Frage der Stärkung unserer Organisationsgrads verbinden.

Kolleginnen und Kollegen,

es gibt genügend Gründe, in der Tagespolitik einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit zu fordern. Aber es gibt zudem einen moralischen und politischen Anspruch: Wer nach der tiefsten Krise des Kapitalismus der Nachkriegszeit vorschnell auf ein „Weiter so“ schaltet, hat jede Kreditibilität verloren, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben in der Krise massive Opfer gebracht, um Beschäftigung zu erhalten, um nun mit weitgehend kompletter Mannschaft durchstarten zu können.

Ihr als Betriebsräte und Vertrauensleute habt in der Krise Verantwortung in hohem Maße bewiesen, die Interessen der Belegschaft, aber auch den Fortbestand der Unternehmen, zu sichern. Nicht die Frage „Wer hat daran schuld?“, sondern die Frage; „Was können wir für die Beschäftigten, die Unternehmen, für unsere Gesellschaft tun, um diese Krise zu überwinden?“ stand im Vordergrund unseres Handelns.

Es ist daher auch eine Frage unserer Glaubwürdigkeit, Kolleginnen und Kollegen, unserer Verantwortung für die arbeitenden Menschen, unseres Selbstverständnisses als Kraft der Solidarität, der Gerechtigkeit und des Fortschritts, jetzt Konsequenzen einzufordern:

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben, wir wollen und brauchen einen Kurswechsel für ein besseres Leben, einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen!

Dafür werben wir in diesem Herbst, dafür gehen wir auf die Straße.  
Glückauf, Kolleginnen und Kollegen.